

Was bedeutet die Corona-Krise für Menschen mit Behinderung*?

Die Corona-Pandemie hat Einfluss auf alle Bereiche unseres Lebens. Oft werden dabei aber Menschen mit Behinderung*, welche schon in „normalen Zeiten“ Opfer von Diskriminierung, Entmündigung und Ausbeutung werden, völlig außen vorgelassen. Um auf die unsichtbar gemachte Lebenssituation dieser Menschen hinzuweisen, haben wir einen Genossen unserer Organisation interviewt, der momentan in einem Wohnheim lebt und in der Altenpflege arbeitet.

Zunächst wollen wir aber noch darauf hinweisen, dass wir den Begriff „Behinderung“ nicht als medizinische Kategorie verstehen, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige Begriffsverwendung ist. Wenn ihr wissen wollt, was es mit dem Sternchen * auf sich hat, schaut doch mal in diesen Artikel: <https://onesolutionrevolution.de/es-sind-nicht-wir-die-die-behindert-sind-sondern-der-kapitalismus-der-uns-behindert/>.

In vielen Wohnheimen für Menschen mit Behinderung* gibt es seit Beginn der Pandemie Ausgangs- und Kontaktverbote. Da unser Genosse innerhalb des Komplexes eine eigene Wohnung hat, darf er zwar das Gelände verlassen, jedoch keinen Besuch empfangen, auch nicht von der engen Familie oder einer Person. Er lebt dort mit anderen betreuten Wohngruppen zusammen, welchen es untersagt ist, das Gelände zu verlassen, weder zum

Spazieren, zum Einkaufen oder mit Betreuung. Dies sorgt dafür, dass die Menschen völlig aus der Normalität gerissen werden und keinerlei Autonomität mehr haben. Sie haben nicht die Möglichkeit, Dinge außerhalb des Grundbedarfs zu erhalten, können kaum Kontakt zu nahstehenden Personen halten oder Hobbys bzw. ihren Berufen nachgehen. Damit einhergehend sind sie also dauerhaft den Betreuer_Innen und dem beengten Raum der Wohngruppe ausgesetzt und Aussicht auf Lockerung besteht dabei bislang nicht.

Wie bereits erwähnt arbeitet unser Genosse in der Altenpflege und ist auch dort großem Stress ausgesetzt.
Gerade in Altersheimen ist die Pandemie eine große Gefahr und dies führt natürlich im Zusammenspiel mit den massiven personellen Notständen und den Maßnahmen gegen die Verbreitung der Pandemie zu einer zusätzlichen Belastung, welche aber mehr als ungerecht entlohnt wird. Wir sind uns alle bewusst, dass der Carearbeitssektor mehr als unterbezahlt ist. Menschen mit Behinderung* sind davon allerdings sogar noch viel stärker Betroffen. Sie leisten ähnliche Arbeit, wie die anderen Kräfte und haben die gleichen miserablen Arbeitsbedingungen, sowie ungeregelte Pausen und die gleiche 36-Stunden-Woche und erhalten dafür nur ca. 300 Euro monatlich. Ebenso werden sie massiv ausgebeutet und eine bevorstehende Ausbildung immer weiter herausgezögert oder mit fadenscheinigen Ausreden abgelehnt. Vielen wird aufgrund ihrer Behinderung* der Anspruch auf einen Mindestlohn verwehrt. Ähnliche wie Geflüchtete oder

Jugendliche scheinen sie in den Augen des Staates nicht als „vollwertige Menschen“ zu zählen, denen ein Anspruch auf ein überlebensnotwendiges Minimum an Gehalt zukommen würde.

Erschwerend kommt noch die Diskriminierung von Kolleg_Innen und Arbeitgeber_Innen hinzu. Unser Genosse berichtete, dass er an seiner alten Arbeitsstelle nicht ernst genommen wurde, seine Arbeit nicht wertgeschätzt oder heruntergespielt wurde, sich des Öfteren über ihn lustig gemacht und die „Drecksarbeit“ an ihm hängen blieb, weil ihm nicht zugetraut wurde, mehr zu schaffen.

Damit schlagen Arbeitgeber_Innen aus der diskriminierenden Behandlung von Menschen mit Behinderung* gleich doppelt Profit. Zum einen werden Menschen mit Behinderung* zu Hungerlöhnen zum Arbeiten verpflichtet und können damit noch billiger ausbeutet werden als Menschen ohne Behinderung*. Zum anderen kommen Arbeitgeber_Innen der Verpflichtung nach, Menschen mit Behinderung* anzustellen und entgehen so evtl. Strafzahlungen und können teilweise sogar Fördergelder dafür einstreichen. Denn ab einer Betriebsgröße von mind. 20 Angestellten sind Arbeitgeber_Innen verpflichtet ca. 5 % Menschen mit sogenannter „schwerer Behinderung*“ einzustellen.

Unter all diesen Gesichtspunkten ist es nun wichtig, sich den Gesetzesentwurf für das geplante „Reha-und Intensivpflegestärkungsgesetz“ anzusehen, in welchem Jens Spahn aktuell versucht, die häusliche Krankenpflege massiv zu beschneiden. Diese ermöglicht es,

pflegebedürftigen Menschen und vor allem Menschen mit Behinderung*, welche auf Dauerbeatmung angewiesen sind, ambulant und damit in ihrem gewählten Zuhause zu leben. Mit Spahns Entwurf soll jedoch nun die stationäre Unterbringung in speziellen Einrichtungen für alle „Versicherten mit einem besonders hohen Bedarf an medizinischer Behandlungspflege“ zur Pflicht werden. Ausgenommen

davon sind nur Kinder, Jugendliche und Menschen für die das Leben in einer solchen Unterbringung unmöglich oder unzumutbar wäre. Darüber entscheiden

sollen willkürliche Sacharbeiter_Innen. Offensichtlich hierbei ist, dass das Ziel dieses Gesetztes nicht die Qualitätsversorgung ist, sondern dass es um eine Senkung der Kosten geht. Das Ganze ist jedoch nicht nur diskriminierend, es

entmündigt die Menschen auch massiv und nimmt jegliche Selbstbestimmung und

damit auch ein großes Stück Lebensqualität. Darüber hinaus verdrängt die Isolierung von Menschen mit Behinderung* aus der Öffentlichkeit in die Heime

diese völlig aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung.

Das ist ein harter Schlag ins Gesicht für die Behinderten*bewegung und alle, die gegen die Diskriminierung,

für gleiche Rechte für Menschen mit und ohne Behinderung** kämpfen. Dass solche

Vorschläge von der konservativen CDU vorgebracht werden ist dabei nicht verwunderlich. Wer konsequent die Ansicht vertritt, dass individuelle Leistung

die Stellung in der Gesellschaft maßgeblich bestimmt, gewährt Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit auch weniger Persönlichkeitsrechte, degradiert sie so ganz bewusst zu Menschen zweiter Klasse.

Der Sparzwang geht nicht nur in

der Pflege von Menschen mit Behinderung*, sondern im gesamten Sorge,- und

Gesundheitssektor um. Er ist Grund für die Unterfinanzierung der Einrichtungen,

die miserablen Betreuungsschlüssel in der Pflege und die oft hinfälligen hygienischen Zustände in Krankenhäusern, Heimen, oder auch betreuten Wohngemeinschaften.

Dagegen zu kämpfen hilft uns allen, ob Pflegebedürftig, Pflegend, oder Voll in

der Pflege beschäftigt, von einem menschenwürdigen Gesundheits,- und Pflegesystem zu profitieren.

Deswegen ist es wichtig sich mit

Menschen mit Behinderung* zu solidarisieren und dagegen zu protestieren und

darum fordern wir:

- Die konsequente Ausfinanzierung der Pflege, sowohl in Einrichtungen als auch in der Heimpflege, für den massiven Aus,- und Neubau von Pflegekapazitäten!
- Mehr Raum für Menschen mit Behinderung*, damit es möglich ist, sich frei innerhalb von Einrichtungen zu bewegen und dass Platz ist, um infizierte Personen unabhängig von anderen Bewohnern in Quarantäne zu stellen!
- Benachteiligung aufheben, statt Menschen weiter zu Entmündigen, egal ob beruflich oder im sozialen Leben!
- Das Recht und die Möglichkeit frei zu wählen, ob man zu Hause lebt oder in einer Einrichtung, die man selbst wählt!
- Die Verstaatlichung von

Wohnheimen und Pflegeeinrichtungen unter Kontrolle der Beschäftigten und

Bewohner_Innen! Die Betroffenen selbst sollen entscheiden, wie ein gutes Leben

mit professioneller Pflegeunterstützung aussieht und nicht die kapitalistische

Profitlogik!

- Gleicher Geld für gleiche Arbeit!
-

Es sind nicht wir die, die behindert sind, sondern der Kapitalismus, der uns behindert!

Wir verstehen den Begriff Behinderung* nicht als medizinische Kategorie, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige

Begriffsverwendung ist (deshalb immer das Sternchen * dahinter). Unserer Ansicht nach ist niemand behindert, sondern Menschen werden behindert gemacht.

Eine Behinderung* entsteht also nicht als Strafe Gottes, als Laune der Natur oder aufgrund biologischer Defizite sondern durch gesellschaftliche Ausschlusspraktiken. Kapitalistische Gesellschaften verfolgen nicht den Zweck,

allen Menschen auf der Basis ihrer individuellen Bedürfnisse ein gutes Leben zu

ermöglichen, sondern möglichst schnell möglichst viel Profit zu erwirtschaften.

Sie versuchen sich deshalb also nicht an besondere Bedürfnisse anzupassen sondern unprofitable Elemente zu selektieren.

Ihren grausamsten Ausdruck fand diese kapitalistische Praxis im Nationalsozialismus, in dem sogenanntes „lebensunwertes Leben“ planmäßig ausgelöscht wurde. Doch auch nach 1945 wurden Menschen mit Behinderung* zwar nicht mehr systematisch ermordet, waren aber weiterhin ähnlichen Aussonderungsmechanismen unterworfen. Weiterhin wurde ihnen jegliches Recht auf Selbstbestimmung aberkannt. Unter schlimmsten Bedingungen wurden sie abseits der Gesellschaft in Heime und andere Institutionen gesperrt, in denen lediglich das totale Gesetz der Heimleitung galt. Diese Institutionen definieren die Grenzen, die Menschen mit Behinderung* von gesellschaftlicher Teilhabe abhalten.

Insbesondere Frauen mit Behinderung* leiden unter dieser Entrechtung, da sie in dieser Situation noch häufiger Opfer sexueller Gewalt werden.

Durch die Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung* und politische Kämpfe konnten bis heute erhebliche Verbesserungen für die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung erkämpft werden. Dennoch gilt im Kapitalismus weiterhin die Verwertungslogik, die Behinderung als medizinisches Problem versteht. Wenn überhaupt nach Lösungen gesucht werden, dann lediglich medizinisch-technische. Sattdessen braucht ein gesellschaftlich-gemachtes Problem auch gesellschaftliche Lösungen.

In einer Zeit der Krise und damit verbundenen Sparprogrammen, sind Menschen mit Behinderung* die ersten, die unter Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich leiden müssen. Die Kürzungspolitik

von Regierungen auf der ganzen Welt wird zur „Hexenjagt“ gegen jene, die als „zu krank zum arbeiten“ betrachtet werden und keine eigene Stimme in Politik oder Mainstreammedien haben. Menschen mit Behinderung* sind systematisch dazu gezwungen, niedrigere Gehälter und schlechtere Positionen in Konzernen zu akzeptieren. So weigern sich private Firmen auch dagegen Arbeiter_Innen mit mentalen Beschwerden oder körperlichen Einschränkungen - die nicht selten aus ihrer Arbeit heraus entstehen - zu unterstützen. Im Gegenteil versuchen die Bosse diese Einschränkungen noch als Entschuldigung dafür zu nutzen, sie mehr auszubeuten als andere. Nicht einmal ein Anspruch auf den gesetzlich garantierten Mindestlohn wird ihnen zugesprochen.

Aber auch außerhalb der Arbeitsstätten sind Menschen mit Behinderungen* andauernder Diskriminierungen und Einschränkungen unterworfen. Der öffentliche Nahverkehr und öffentliche Plätze sind oft nicht für sie ohne die Hilfe anderer zugänglich. Wenn nicht das, dann sind Menschen mit Behinderung* oft von sozialer Ausgrenzung, Vorurteilen, Mobbing oder sogar der Aufhebung grundlegender Menschenrechte betroffen. Das trifft besonders auf halbkoloniale Länder wie zB. Indien zu, in denen Menschen mit Behinderung* am absoluten Rand der Gesellschaft leben und nur mit Hilfe der Familie oder als Bettler_Innen auf der Straße überleben können. Dort wo es keinerlei oder wenig staatliche Unterstützung für jene gibt, die sich am wenigsten selbst helfen können, wird diese Aufgabe meistens den Frauen aus der Familie aufgebürdet. Doch

Behinderungen* sind nicht die Angelegenheit des_der Einzelnen - insbesondere da viele von ihnen direkt oder indirekt aus der kapitalistischen Ausbeutung, Stress, gefährlichen Arbeitsplätzen, einem unzureichenden Gesundheitssystem, ungesunder Ernährung oder Hunger erwachsen. Gegen die Diskriminierung und Entrechtung von Menschen mit Behinderung* vorzugehen ist daher ein elementarer Bestandteil des Klassenkampfes!

Revolution fordert deshalb:

- Gleiche Bezahlung und die Überwachung der Löhne durch Arbeiter_Innenkomitees!
- Zurücknahme aller Kürzungen und für den massiven Ausbau von Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen.
Bezahlt durch die Besteuerung der Reichen.
- Umfassende finanzielle Hilfe durch den Staat. Niemand sollte ein_e Gefangene_r des eigenen Heims aufgrund körperlicher Behinderung sein.
- Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegepersonal, um Überarbeitung und das damit verbundene Leiden der zu Betreuenden und deren Familie zu verhindern.
- Überwachung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, sowie der Pflege von Menschen mit Behinderung, durch Komitees der Betroffenen und die Organisationen der Arbeiter_Innenklasse!
- Für das Recht von Menschen mit Behinderung Caucuse in den Organisationen der

Arbeiter_Innenklasse zu gründen.

- Schluss mit jeder Form der Diskriminierung, insbesondere mit reaktionären und religiösen Ideen, dass Behinderungen eine Bestrafung oder eine Art moralischer „Test“ wären!